

**Das Land Sachsen-Anhalt,
vertreten durch den Kulturminister
(nachfolgend „Land“)**

und

**die Stadt Naumburg (Saale)
vertreten durch den Oberbürgermeister
(nachfolgend „Stadt“)**

schließen folgenden

Zuwendungsvertrag

gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) vom 18.11.2005 (GVBl. LSA S. 698, 699) in Verbindung mit § 54 des VwVfG in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102), zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 2 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S. 2745) und §§ 23 und 44 Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt (LHO) vom 30.04.1991 (GVBl. LSA S. 35), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.03.2017 (GVBl. LSA S. 55) in der jeweils geltenden Fassung

über die Förderung des Theaters Naumburg

Präambel

Das Land und die Stadt sind bestrebt, den Fortbestand des Theaters Naumburg auf eine gesicherte Grundlage zu stellen und die künstlerische Qualität des Theaterangebotes zu erhalten und zu fördern. Auf der Grundlage von Artikel 36 (3) der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt das Land die Stadt bei der Unterhaltung ihres Theaters sowie bei der Erfüllung der wahrzunehmenden Verpflichtungen im Landkreis. Die Stadt wird ihrerseits die Steigerung des künstlerischen Ranges des Theaters Naumburg befördern.

§ 1

- (1) Im Wege der Festbetragsfinanzierung gewährt das Land gemäß §§ 23, 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) auf der Grundlage des Beschlusses des Landtages zum Haushaltsgesetz 2017/18 vom 29.03.2017 für das Betreiben des Theaters Naumburg eine nicht rückzahlbare Zuwendung in folgenden Jahresscheiben

2019: 175.000 €
2020: 175.000 €
2021: 175.000 €
2022: 175.000 €
2023: 175.000 €

als Projektförderung.

- (2) Die Zuwendung des Landes dient ausschließlich der Mitfinanzierung der jährlich entstehenden Betriebskosten. Betriebskosten sind alle im laufenden Theaterbetrieb anfallenden Personal- und Sachkosten, ausgenommen Bauinvestitionen.
- (3) Die Stadt sichert ihrem Theater im Rahmen ihrer Verpflichtungen aus § 5 Abs.1 und 2 dieses Vertrages Zuschüsse in folgenden Jahresscheiben zu

2019: 531.600 €
2020: 531.600 €
2021: 531.600 €
2022: 531.600 €
2023: 531.600 €.

§ 2

- (1) Das Land und die Stadt stimmen in dem Ziel überein, das Theater Naumburg im Vertragszeitraum 2019 bis 2023 bei der weiteren Sicherung der Gewährung der Flächentarifverträge gemäß den Regelungen in den Abs. 2 und 3 zu unterstützen.
- (2) Im Wege der Festbetragsfinanzierung gewährt das Land gemäß §§ 23, 44 LHO auf der Grundlage des Beschlusses des Landtages zum Haushaltsgesetz 2017/18 vom 29.03.2017 vorbehaltlich der Verkündung dieses Gesetzes für die Dynamisierung der Personalkosten im Rahmen der in § 1 Abs. 1 dargestellten Zweckbindung eine nicht rückzahlbare Zuwendung in folgenden Jahresscheiben:

2019: 11.300 €
2020: 23.000 €
2021: 35.100 €
2022: 47.500 €
2023: 60.300 €

als Projektförderung.

- (3) Die Stadt sichert ihrem Theater im Rahmen ihrer Verpflichtungen aus § 5 Abs. 1 und 2 dieses Vertrages nachfolgende Dynamisierungsanteile in folgenden Jahresscheiben zu:

2019: 11.300 €
2020: 23.000 €
2021: 35.100 €
2022: 47.500 €
2023: 60.300 €.

§ 3

- (1) Die Zuwendungen des Landes werden in gleich hohen Raten zu den Auszahlterminen 31.03., 31.08. und 30.11. jeden Jahres durch das Landesverwaltungsamt (LVwA) angewiesen.
- (2) Für die Zuwendungen gelten die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk, Anlage zur VV-GK Nr. 5.1 zu § 44 LHO), sofern in diesem Vertrag keine abweichenden Regelungen getroffen wurden.
- (3) Die Verwendung der Zuwendungen gemäß diesem Vertrag ist durch die Stadt Naumburg nachzuweisen. Die Prüfung des Verwendungsnachweises erfolgt durch das Landesverwaltungsamt.

§ 4

Mit den Zuwendungen wird das vorgehaltene Programmangebot des Theaters Naumburg gefördert.

Ein besonderes Förderinteresse des Landes ist auf ein vielfältiges Angebot für Kinder und Jugendliche gerichtet. Konkret werden folgende Formate realisiert:

- Kinder-Spielklubs
- Jugend-Spielklubs
- Winterferien-Workshops
- Schülertheatertage
- Klassenzimmerstücke
- soziokulturelle Projekte
- Projekttag und -wochen.

Darüber hinaus sind die im Modellprojekt „Theaterpädagogik im Land Sachsen-Anhalt“ erprobten Formate der theaterpädagogischen Arbeit fortzuführen.

Das Theater sieht zudem eine wichtige Aufgabe darin, seine künstlerische Kompetenz in Institutionen und Prozesse für die Belange der kulturellen Bildung, besonders für Kinder und Jugendliche, einzubringen.

Die Stadt hat das Ziel, im Vertragszeitraum je Spielzeit durchschnittlich 14.000 Zuschauer zu erreichen, insgesamt durchschnittlich 170 Vorstellungen vorzuhalten und eine Eigeneinnahmequote von durchschnittlich mindestens 15% zu erreichen.

§ 5

- (1) Die Stadt verpflichtet sich im Rahmen ihres Haushaltes, die personell und sachlich notwendige Ausstattung (einschließlich tariflicher Entgelte) für die Erfüllung der unter § 4 genannten Aufgabenstellungen und Erfolgskennziffern des Theaters zu gewährleisten. Die Stadt sichert den Bestand und die Erhaltung der Spielstätte, die zur Erreichung eines anspruchsvollen und breitenwirksamen künstlerischen Angebots vorzuhalten ist.

- (2) Die Stadt gewährleistet die jährliche Ausgeglichenheit des Wirtschaftsplanes des Theaters Naumburg und ermöglicht dem Theater im Rahmen des gesetzlich Zulässigen und der Möglichkeiten des Kommunalverfassungsgesetzes und der Kommunalhaushaltsordnung insbesondere:
 - die größtmögliche haushaltsrechtliche Freiheit mit dem Ziel der kaufmännischen Betriebsführung und der eigenständigen Verwendung der Mittel,
 - den Verbleib der Mittel aus sämtlichen Einnahmen und eingeworbenen Drittmitteln beim Theater,
 - die Übertragbarkeit der Mittel in nachfolgende Haushaltsjahre mit der Möglichkeit einer möglichst umfassenden Deckungsfähigkeit,
 - das Tragen von Verlusten und Überschreitungen unter Berücksichtigung von Deckungsfähigkeit und Übertragbarkeit durch das Theater,
 - die Mitwirkung des Theaters bei der Entscheidung über Eintrittsgelder mit dem Ziel eines höheren Kostendeckungsgrades.

- (3) Bei strukturellen Veränderungen ist das Land in angemessener Form zu beteiligen. Bei vertraglichen Vereinbarungen zur Berufung oder Vertragsverlängerung der Leitung des Theaters ist das Land zu informieren.

§ 6

- (1) Die Stadt und das Land streben an, dass die künstlerischen Potentiale und Ressourcen durch künstlerische Kooperationen in der Region zur gegenseitigen Bereicherung des Theaterangebots für das Publikum genutzt werden.

- (2) Die Stadt prüft im Vertragszeitraum alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Erfüllung der Vertragsziele nach § 4 und § 5 zu befördern. Diese sind in dem in § 3 Abs. 3 dargestellten Verfahren nachzuweisen.

§ 7

- (1) Die beigegeführten Protokollnotizen Nr. 1 bis 4 sind als zusätzliche Nebenbestimmungen Bestandteil dieses Vertrages.
- (2) Die vertragsschließenden Parteien sind bestrebt, nach Maßgabe ihrer haushaltsrechtlichen Möglichkeiten ein Jahr vor Ablauf dieses Vertrages entsprechende Regelungen für einen Anschlussvertrag vorzubereiten.

§ 8

- (1) Gemäß § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) i. V. mit § 60 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) kann jede Vertragspartei die Anpassung des Vertragsinhalts an die geänderten Verhältnisse verlangen oder, sofern eine Anpassung nicht möglich ist oder einer Vertragspartei nicht zuzumuten ist, den Vertrag kündigen. § 1 VwVfG LSA i. V. mit § 62 VwVfG findet Anwendung.
- (2) Verwendet die Stadt die Zuwendungen entgegen dem in diesem Vertrag festgelegten Zweck, ist sie zur sofortigen Rückzahlung der Zuwendungen verpflichtet. Die Stadt unterwirft sich hinsichtlich dieser Zahlungsverpflichtung der sofortigen Vollstreckung nach § 1 VwVfG LSA i. V. mit § 61 VwVfG.
- (3) Bei zweckwidriger Verwendung der Zuwendungen oder bei der Verletzung anderer Verpflichtungen durch die Stadt hat das Land neben seinen Ansprüchen auf Erfüllung, Schadensersatz wegen Nichterfüllung und aus positiver Vertragsverletzung das Recht, vom Vertrag zurückzutreten. Das Rücktrittsrecht des Landes besteht auch, wenn die Stadt die Zuwendungen durch Angaben erwirkt hat, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren.
- (4) Der Anspruch nach Absatz 2 ist vom Zeitpunkt, an dem die Stadt die Zuwendungen erhält, jährlich mit fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) zu verzinsen. Im Fall des Rücktritts nach Absatz 3 ist der Anspruch auf Rückzahlung ab dem Zeitpunkt des Zugangs der Rücktrittserklärung jährlich mit fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen. Von der Zinsforderung kann abgesehen werden, wenn die Stadt die Umstände, die zum Entstehen des Erstattungsanspruchs geführt haben, nicht zu vertreten hat und den Betrag innerhalb der festgesetzten Frist leistet.
- (5) Das Rücktrittsrecht bzw. das Recht der fristlosen Kündigung des Landes aus wichtigem Grund bleiben hiervon unberührt.

- (6) Dieser Vertrag ist seitens des Landes von der Landesregierung und seitens der Träger von den kommunalen Gremien beschlossen worden. Er bedarf keiner weiteren Genehmigung und begründet für beide Vertragspartner mit der Unterzeichnung auf die gesamte Laufzeit unmittelbare Rechtsverpflichtungen.

§ 9

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht. Die Parteien verpflichten sich vielmehr, in einem derartigen Fall eine wirksame oder durchführbare Bestimmung an die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren zu setzen, die dem Geist und Zweck der zu ersetzenden Bestimmung so weit wie möglich entspricht.

§ 10

Der Vertrag wird geschlossen für die Laufzeit vom 1.1.2019 bis 31.12.2023.

Magdeburg, den

Naumburg, den

Der Kulturminister des
Landes Sachsen-Anhalt

Der Oberbürgermeister der
Stadt Naumburg (Saale)

**Protokollnotizen
zum Zuwendungsvertrag zwischen dem Land Sachsen-Anhalt
und der Stadt Naumburg über die Förderung des Theaters Naumburg**

Die vertragsschließenden Parteien sind nach mehreren Verhandlungen übereingekommen, einzelne Bestimmungen des Vertrages durch Protokollnotizen zu ergänzen. Die Protokollnotizen sind entsprechend § 7 Abs. 1 Bestandteil des Vertrages.

1. Protokollnotiz zu § 1 Abs. 1

Die mit diesem Vertrag vereinbarte Förderung schließt weitere Projektförderungen durch das Land nicht aus.

2. Protokollnotiz zu § 3 Abs. 3

Die Prüfung der vom städtischen Rechnungsprüfungsamt vorgeprüften Verwendungsnachweise erfolgt entsprechend der einschlägigen Rechtsvorschriften durch das LVwA. Der jeweilige Wirtschaftsprüfungsbericht ist (soweit bestehend) dem Verwendungsnachweis beizufügen. Im Rahmen der Verwendungsnachweisführung ist durch den Träger der Nachweis zu führen, dass die in diesem Vertrag vereinbarten Förderzwecke und Leistungen erreicht wurden. Neben den (soweit vorhanden) Wirtschaftsprüfungsberichten und den Verwendungsnachweisen über die Fördermittel sind auch die jährlichen Eckdatenerhebungen sowie erläuternden Sachberichte Teil der Verwendungsnachweise durch die Stadt.

3. Protokollnotiz zu § 4

Die Stadt strebt an, ihre künstlerisch-kulturellen Angebote auszubauen. Die in § 4 genannten Erfolgskriterien sowie alle aus den jährlichen Eckdatenerhebungen gewonnenen Daten (Vorstellungen am Standort, Gastspiele in Sachsen-Anhalt, Zuschauer in Sachsen-Anhalt, Gastspiele im übrigen Bundesgebiet, Zuschauer im übrigen Bundesgebiet, Inszenierungen insgesamt, Inszenierungen für Kinder und Jugendliche, Aufführungen für Kinder und Jugendliche, theaterpädagogische Veranstaltungen/Formate der kulturellen Bildung, Kooperationen mit Schulen, Mitarbeiterkennziffern und -entwicklungen) dienen dem Land zur Erfolgskontrolle und werden die Grundlage für die Perspektivplanung nach dem Jahr 2023 bilden.

Dem Land steht das Recht zu, in besonderen Fällen bei geeigneten Veranstaltungen – nach vorheriger Absprache mit der Theaterleitung und den Gesellschaftern – das Theatergebäude sowie die Mitwirkung des künstlerischen Ensembles unentgeltlich in Anspruch zu nehmen.

4. Protokollnotiz zu § 5 Abs. 3

Zur Beteiligung des Landes gehört, dass geplante strukturelle, aber auch personelle Veränderungen des Theaters im Land frühzeitig angezeigt und begründet sowie nicht ohne vorige Abstimmung mit dem Land vollzogen werden.

Bei Neubesetzung bzw. Vertragsverlängerung der künstlerischen Leitung des Theaters (Intendanz) ist das Land in geeigneter Form zu informieren.